

Hohenstein-Ernstthal

Amtsblatt



Anzeiger

für
das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

für
Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gerzdorf, Germsdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenchursdorf, Grumbach, Rischheim, Ruchsnappel, Wilfenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erlbach, Pleiße, Ruchdorf, St. Egidien, Grittengrund u. s. w.

erschient jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das
Jahres M. 1.55, durch die Post bezogen M. 1.92 frei ins Haus.

Kreisprediger
Nr. 11.

Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch besördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Nr. 187.

Geschäftsstelle
Schulstraße Nr. 31.

Sonntag, den 13. August 1911

Brief- und Telegramm-Adresse
Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

61. Jahrg.

Auf Blatt 339 des hiesigen Handelsregisters für die Stadt, die Firma **Sächsische Draht-
büchsenfabrik Schmidt & Pfeil in Hohenstein-Ernstthal** betreffend, ist heute eingetragen
worden, daß die dem Kaufmann Ernst Arno Fischer in Gemmitz und dem Kaufmann Paul Gerhard
Schimmel in Oberfrohna erteilte Procura erloschen, der Kaufmann Curt Eugen Klich als Inhaber
ausgeschieden und der Kaufmann Paul Gerhard Schimmel in Hohenstein-Ernstthal Inhaber ist.

**Hohenstein-Ernstthal, am 11. August 1911. Königlich-
Amtsgericht.**

In den Grundsteuerbüchern ist eine Verlautbarung der am 1. August 1909 nach Hohenstein-
Ernstthal einbezirkten Oberlungwitzer Grundstücke noch nicht erfolgt. Die Grundsteuer für die umbe-
zirkten Grundstücke ist darum bis auf weiteres noch in Oberlungwitz zu entrichten.
Zur Bequemlichkeit der betr. Steuerzahler soll der **am 1. d. M.** fällige Termin

Montag, den 14. August 1911,

von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags im Logenhaus eingenommen werden. Eine Abholung
der Steuer erfolgt nicht.

Alle verbleibenden Reste werden zwangsweise eingetrieben werden.

Hohenstein-Ernstthal und Oberlungwitz, am 2. August 1911.

Der Stadtrat.

Der Gemeindevorstand.

- Zur Erwerbung des **Bürgerrechts** sind **berechtigt** alle Gemeindeglieder, die
1. die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen,
 2. das 25. Lebensjahr erfüllt haben,
 3. öffentliche Armenunterstützung weder beziehen, noch im Laufe der letzten 2 Jahre bezogen haben,
 4. unbescholten sind,
 5. eine direkte Staatssteuer von mindestens 3 Mark entrichten,
 6. auf die letzten 2 Jahre ihre Staatssteuer und Gemeindeabgaben, Armen- und Schulanlagen
am Orte ihres bisherigen Aufenthaltes vollständig bezahlt haben,
 7. entweder

- a. im Gemeindebezirke ansässig sind oder
- b. daselbst seit wenigstens 2 Jahren ihren wesentlichen Wohnsitz haben oder
- c. in einer anderen Stadtgemeinde des Königreichs Sachsen bis zur Aufgabe ihres bis-
herigen Wohnsitzes stimmberechtigte Bürger waren.

Dagegen sind zum Erwerbe des Bürgerrechts **verpflichtet** diejenigen zur Bürgerrechts-
erwerbung berechtigten Gemeindeglieder, die

- a. männlichen Geschlechts sind,
- b. seit 3 Jahren im Gemeindebezirke ihren wesentlichen Wohnsitz haben und
- c. mindestens 9 Mark an direkten Staatssteuern jährlich zu entrichten haben.

Wir fordern alle zur Erwerbung des Bürgerrechts verpflichteten Einwohner hiermit auf,
sich unter Vorlegung ihrer Ausweispapiere, namentlich der Steuerquittungen, nach Befinden eines
Staatsangehörigkeitsausweises oder, sofern sie schon anderwärts das Bürgerrecht erworben hatten, des
Bürgercheines

bis zum 31. August 1911

im Rathause, Zimmer Nr. 11, zu melden. Bis zum gleichen Tage wollen die zur Erwerbung Berech-
tigten, die aufgenommen sein möchten, ihre Meldung bewirken.

Hohenstein-Ernstthal, am 29. Juli 1911.

Der Stadtrat.

Nuß- u. Brennholz-Versteigerungen auf Oberwaldenburger Revier.

Im Hotel „Drei Schwanen“ in Hohenstein-Er. sollen

Donnerstag, den 17. August 1911,

von Vorm. 9 Uhr ab

3 L.-Stämme 10/15 cm, 27 Stk. 16 22 cm, 10 Stk. 23 29 cm, 1 Stk. 30/36 cm, 2532 N.-Stämme
10 15 cm, 264 Stk. 16/22 cm, 32 Stk. 23 29 cm, 6 Stk. 30/36 cm Mittelförde und 3 L.-Röhler
8 15 cm, 2 Stk. 16/22 cm, 1 Stk. 23 29 cm, 1 Stk. 44/50 cm, 1 Stk. 55 cm, 1754 Stk. N.-Röhler
8 15 cm, 16 Stk. 16 22 cm, 1 Stk. 23 29 cm Oberförde, sowie 210 Stk. N.-Stangen 3,4 cm,
200 Stk. 5/6 cm, 255 Stk. 7/9 cm, 125 Stk. 10,12 cm, 20 Stk. 13/15 cm Unterförde, und

Montag, den 21. August 1911,

von Vorm. 9 Uhr ab

12 Km. L- und N.-Brennscheite, 133 Km. L- und N.-Brennrollen, 1089 Km. L- und N.-Brennäste
und 600 Wäpft. N.-Reißig, aufbereitet in den Abt. 1—8, 15, 16, 19—27, 33—45, 51—58, 61 und
63 unter den üblichen Bedingungen meistbietend verkauft werden.

Fürstlich Schönburgische Forstverwaltung Oberwaldenburg.

Freibank: Montag gefochtes Rindfleisch 35 Pf.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Kaiser nahm gestern auf dem Großen
Sand bei Mainz eine Truppenparade ab und
zog dann an der Spitze der Fahnenabteilung mit
dem Großherzog von Hessen in Mainz ein. Wäh-
rend des Einzugs erschien das aus Mex kommende
Luftschiff „Patria“ über der Stadt.

* Die Deutschen der Provinz Puebla
fordern die Entsendung eines Kriegsschiffes
in die mexikanischen Gewässer.

* Im belgischen Kongogebiet
sind erste Unruhen ausgebrochen.

* In Marokko sind am Freitag 84 Cho-
lerafälle festgestellt worden. In Zepherden
täglich etwa 50 Cholerafrankt.

* Ein gewaltiger Brand hat in Ant-
werpen ein Baumwoll- und Salpeterlager zer-
stört.

Das Unterhaus hat mit 256 gegen 158
Stimmen die Entschädigung angenommen, daß den
Mitgliedern des Unterhauses 400 Pfund jährlich
ausbezahlt werden sollen.

* Der Londoner Hafenstreik ist in-
bezug auf die Fährleute beigelegt. Mit den ande-
ren Transportarbeitergruppen hofft man in den
nächsten 24 Stunden zu einer Einigung zu gelan-
gen. Der durch den Streik verursachte Schaden
wird auf täglich 10—40 Millionen Mark geschätzt.

Sultan Mulay Hafid ist von einem
schweren typhösen Fieber befallen worden.

„General“ Leconte, der Diktator Haitis,
ist erkrankt. Seine Gefolgschaft scheint
beunruhigt, weil sich starke Opposition in der
Volksvertretung zeigt.

* Näheres siehe weiter unten.

Das Ende des englischen Verfassungskampfes.

Mit 181 gegen 114 Stimmen, also mit 17
Stimmen Mehrheit hat das Oberhaus die
Veto-Bill in der Fassung des Unterhauses
passieren lassen. Die Amendements der unkonsti-
tutionellen Peers aus der ersten Lesung wurden nicht
festgehalten. Die Peers haben bis zum letzten
Augenblick gekämpft, aber ihre Niederlage
war schon lange besiegelt. Sie hatten die Gewiß-
heit gewonnen, daß jeder weitere Widerstand, jede
Verlängerung der Krise auf ein neues Jahr doch
vergebens sein würde, da die Regierung im Ein-
verständnis mit dem König den festen Willen trug,
den Kampf auch dann zum Siege der liberalen
Mehrheit des Unterhauses zu Ende zu bringen,
und zwar durch brutale Gewalt. 500 neue
Peers sollten aus dem Boden gestampft werden.
Unterhändler der Liberalen reisten schon jetzt eine
Zeitung durch das Königreich und boten die

Peerswürde gegen ein Butterbrot aus, gegen ein
„Ja“ für die Veto-Bill. Mancher Ehrgeiz und viel
edler Hoffnungsstimmung ist nun doch enttäuscht
worden. Es ist nichts geworden aus der Beförde-
rung. Die ehrgeizigen Damen vieler ehrgeizigen
Ehegatten werden insbesondere darüber aufs Schmerz-
lichste enttäuscht sein. Die Peerskrone und der
Sammelmannel, die schon in greifbarer Nähe
schwanden, zerrannen in der Luft. Das Adelsge-
schlecht der eingeseffenen Oberhäuler hat die
„Retterhaltung“ der Oberhausatmosphäre mit selbst-
geschaffener Niederlage bezahlt.

Sie gingen hinaus aus dem Saale und stan-
den draußen in den Wandelgängen, die Selbstmör-
der, als drinnen im Saale 114 Unentwegte der
Ihren sich von einer vorher genau berechneten
Mehrheit von 17 Stimmen besiegeln ließen. „So-
merule!“ murrten die draußen im Gang. So-
merule heißt das Schlachtfeld der nächsten Kämpfe.

Den irischen Nationalisten ist Asquith die Be-
zahlung schuldig für den Sieg, zu dem sie im Un-
terhause verholfen haben. Das ist die Achillesferse
des freigelegten Premierministers. Das Oberhaus hat
seine unkonstitutionelle Mehrheit gerettet, um ihn hier
treffen zu können, wenn der Zeitpunkt kommt.

Und so ist die langjährige Krise zwar beendet.
Aber etwas wie ein Pyrrhusieg bleibt es doch.
Das Abbröckeln der liberalen Mehrheit bei den letz-
ten Wahlen ist nun eine Zeitlang aufgehoben. Mit
einem Schlag war sie nicht zu zerbrechen. Aber
Balfour weiß, warum er seine Führerrolle um
den Preis einer Niederlage behauptet hat. Die Re-
sultation ist keine Ergebung, sondern die Ankündi-
gung neuer, entscheidender Kämpfe, die um So-
merule eine ungleich schwerere Verfassungskrise zum
Ausbruch bringen werden und vielleicht schon bei
den nächsten Wahlen die Regierung zur Opposi-
tion und die Opposition zur Regierung machen.

Die Schlußsitzung des Oberhauses hat
einen ungemein dramatischen Verlauf
genommen. Der Lordpräsident im Geheimen Rate,
Morley, hatte in Erwiderung der Anfrage
Lansdownes die Erklärung abgegeben:
„Wenn die Parlamentsbill heute abend fallen sollte,
würde der König einwilligen, so viele Peers zu er-
nennen, daß ihre Zahl hinreicht, um jeder mög-
lichen Kombination der Oppositionspartien zu
begegnen, durch die die Parlamentsbill zum zwei-
ten Male einer Niederlage ausgesetzt werden könnte.
Jede Stimme, die gegen den Vorschlag abgegeben
wird, daß die Lords auf den Amendements be-
stehen, wird zugunsten einer ausgedehnten, be-
schleunigten Ernennung von Peers abgegeben.“ Im
Verlaufe der Verhandlungen wuchs die Erregung
und die Anschauung wurde laut, man müsse der
Ankündigung Morleys gegenüber sich verhalten wie
der Held, der stirbt, aber sich nicht ergibt.

Nach dem leidenschaftlichen Appell der Vertre-
ter der beiden in der Opposition herrschenden An-
schauungen schritt das Haus zur Abstimmung

über die Frage, ob das Oberhaus auf den Amen-
dements Lansdownes beharren solle oder nicht.
Das war die kritische Frage, und wenn der An-
trag Morley, das Haus solle auf den Amendements
nicht bestehen, verworfen worden wäre, wäre die
Parlamentsbill gefallen, und das Land hätte sich
gegenüber einer neuen Krise befunden. Das Er-
gebnis der Abstimmung war lange zweifelhaft; all-
mählich wurde es jedoch klar, daß die Regierung
gewonnen hatte, obwohl Balfours Anhänger viel
zahlreicher waren, als man erwartet hatte. Aber
auch die Regierung fand unerwartete Unterstützung.
Mehrere Bischöfe und eine Anzahl unionistische
Peers stimmten mit der Regierung. Unter anderen
erklärte der Erzbischof von Canterbury, daß er ur-
sprünglich die Absicht gehabt habe, sich der Ab-
stimmung zu enthalten. Die Gleichmütigkeit jedoch,
mit der einige Peers die Ernennung von 500 Peers
betrachteten, die das Haus und England zum Ge-
spött der ganzen Welt machen würden, veranlaßte
ihn, die Anträge der Regierung zu ertragen. In
der ersten Stunde erklärte sich auch Lord Rosebery
bereit, die Regierung zu unterstützen. Hierauf be-
gann die Abstimmung.

In und vor den Wandelgängen drängten sich
darnelbst die Menschen und begrüßten Salbans
und Morley laut, als diese hinausgingen. Lord Lan-
sdowne und seine Anhänger verließen nach der Ab-
stimmung den Saal, um ihr Ergebnis draußen
abzuwarten. Als die Abstimmungsziffern verkin-
det wurden, brachen die liberalen Peers in Hoch-
rufe aus, während einige unionistische Peers zisch-
ten. Viele liberale Mitglieder des Unterhauses eil-
ten rasch aus dem Oberhaus ins Unterhaus zurück,
um diesem die gute Nachricht zu überbringen. Die
Ministerellen erhoben sich von ihren Plätzen und
brachten Hochrufe aus. Die Krisis war be-
endet.

Aus dem Reiche

Das Schweigen über Marokko.

Es ist stille geworden. Gestern konnte man
in Deutschland und außerhalb zahlreiche maßgebende
Blätter lesen und fand nicht ein Sterbenswörtchen
über die doch ohne Frage wichtigste politische Be-
gebenheit der Gegenwart. Die Rubrik „Ma-
rokko“ ist von den Regierenden buchstäblich „aus-
gehungert“ worden. Ein starres Schweigen
herrscht über die letzten Konferenzen der Minister
in Berlin. Auch aus den Ressorts, die sich der ange-
nehmen Mühe unterziehen müssen, Gutachten abzu-
geben über Wert und Unwert der behandelten Punkte
und Objekte, dringt kein Tröpflein Schweiß in die
Öffentlichkeit. In London beginnt wegen des Ge-
neralstreiks der Doktorarbeiten den Zeitungen das
Papier auszugehen. Es lagert weiß und unschuld-
voll und ohne Sünde in den Docks. Aber Papier
ist geduldet. Es läßt sich sogar gefallen, daß man

es nicht bedruckt. Unter den obwaltenden Marokko-
Umständen ist das kein Schade. Vielmehr ein Segen
für die Menschheit. Wir können es mit Fassungs-
ertragen, auch einmal nicht Londoner Meinung
und Zensur zu lesen. Wir vermessen sie ganz im
Gegenteil durchaus nicht. Der große Plan schläft
immer noch in sommerlicher Hitze. Und nur in ver-
hängten Diplomatenkammern, über tintenbedeckte
grüne Tische schreitet unser Schicksal auf verschla-
nen Sohlen. Ueberdies hat das französische Mini-
sterium des Auswärtigen die Presse wissen lassen,
daß keinerlei Mitteilung über die am Mittwoch ab-
gehaltene Besprechung Ribierens und Cambons ge-
macht werden würde.

Nur eine Nachricht dringt aus dem Lande
selbst, um das die Diplomaten handeln, in die Welt.
Mulay Hafid ist wirklich krank. Zwar nicht
geisteskrank, aber von typhösen Fieber schwer
befallen. Wie wird er sein Land finden, wenn er
gesundet? Keiner weiß es. Er am wenigsten.
Und wenn er nicht wieder aufsteht, was wird dann
sein? Was wird aus Marokko, wenn es zu allem
übrigen seinen „Gerrichter“ verlieren sollte? Uns
schaudert.

Die englische Spionage an der deutschen Küste.

Es ist nunmehr gelungen, den Namen des in
Bremen verhafteten englischen Spions zweifel-
sfrei festzustellen. Er ist der Londoner Rechts-
anwalt Bertrand Stewart. Die Akten liegen
zurzeit beim Oberreichsanwalt in Leipzig.

Stewart hat bereits ein Geständnis dahin
abgelegt, daß er mit anderen in Deutschland tätigen
Engländern gemeinsam die Auskundschaftung der
deutschen Kriegsbereitschaft an der Nordsee betrieben
habe.

Reinliche Auseinandersetzungen in der freikonservativen Partei

beschäftigen seit einigen Tagen die Öffentlichkeit.
Sie knüpfen an einen überkritischen Marokko-
Artikel der „Post“, des seitberigen Hauptorgans
der Partei, und die scharfe Zurückweisung dieses
Aufsatzes durch die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“
an. Der Vorsitzende der Freikonservativen im
Reichstag, Fürst Haffelberg, und der Fraktions-
führer Brunstmann haben sich öffentlich gegen
die „Post“ erklärt und weitere Maßregelungen des
Blattes für den Herbst in Aussicht gestellt. Dieses
scheint aber einflußreiche Parteiführer auf seiner Seite
zu haben und den angekündigten Maßnahmen mit
Ruhe entgegenzusehen zu können. Man darf also wohl
mit tiefgehenden politischen Meinungsverschiedenheiten
in der freikonservativen Partei rechnen, die ev. bald
zum Austrag kommen werden.

Die Polonisierung der Industrie- provinzen

durch Einwanderung polnischer industrieller Arbeiter
durch Einwanderung polnischer industrieller Arbeiter
machte im Jahre 1910 wieder bedeuten-
de Fortschritte. Das Anwachsen der Polen 1884